

Antrag

des Gemeinderates

an den Einwohnerrat

2483

Pratteln, 15. Mai 2007

Finanzplan 2008 bis 2012 der Einwohnergemeinde

Die Prattler Gemeindeordnung sieht in § 35 Abs. 1¹ vor, dass der Gemeinderat jährlich einen Finanzplan zu erstellen und diesen dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen hat. Der letzte Finanzplan für die Periode 2007 bis 2011 wurde vom Einwohnerrat an der Sitzung vom 30. Oktober 2006 (Geschäft 2442) behandelt. Dieser Finanzplan zeigte infolge des deutlich über den Erwartungen ausgefallenen Finanzausgleichs für die ersten Jahre eine leicht positive Entwicklung. Daher hat der Gemeinderat damals darauf verzichtet, Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies wurde jedoch für den nächsten Finanzplan in Aussicht gestellt. Der Einwohnerrat, bzw. vor allem die Rechnungsprüfungskommission, hat dieses Vorgehen und die verspätete Fertigstellung der Finanzplanung anlässlich der Einwohnerratsdebatte gerügt.

Der vorliegende Finanzplan wurde wiederum in Zusammenarbeit mit der Firma BDO / Visura erstellt. Mit deren Unterstützung wurde anlässlich eines Workshops der Abteilungsleitungen die finanziellen Auswirkungen der Legislaturziele, das Investitionsprogramm sowie die aktuellen Umwelteinflüsse kritisch reflektiert. Die Ergebnisse dieser Arbeit flossen in den Finanzplan zu Handen des Gemeinderates ein. In einem ganztägigen Workshop des Gemeinderates unter Anwesenheit der Abteilungsleitungen wurde auf dieser Grundlage gemeinsam der nun vorliegende Finanzplan erarbeitet. Es wurden die folgenden Schwerpunktthemen behandelt und Massnahmen gezogen:

- Personalkosten: Die zurückhaltende Annahme der Zuwachsrate (Teuerung, Stufenanstiege) von 1 % wird bekräftigt. An der Realisierung dieser Vorgabe muss gearbeitet werden. Dazu soll jede vakante Stelle vom Gemeinderat vor der Neubesetzung kritisch hinterfragt werden.
- Tagesschule / HarmoS: Da die Auswirkungen noch nicht abgeschätzt werden können, wird auf die Abbildung in diesem Finanzplan verzichtet.
- Neuorganisation der Regiebetriebe: Damit hier die begonnen Arbeiten fortgesetzt werden können, ist baldmöglichst, jedoch spätestens im September 2007 dem Einwohnerrat die geforderte Sondervorlage zu unterbreiten. Allfällige Auswirkungen werden im nächsten Finanzplan berücksichtigt.

¹ Gemeindeordnung vom 23.09.99:

§ 35 Finanzplan

Der Gemeinderat erstellt *jährlich einen Finanzplan* und legt ihn *dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor*.

- Schwimmbad: Dieses soll in der bisherigen Form weitergeführt, für die Badesaison 2008 jedoch die Eintrittspreise einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Allfällige Mehreinnahmen werden im nächsten Finanzplan berücksichtigt.
- Bibliothek: Für die Bibliothek wie auch die Ludothek sollen dafür der Gemeinde anfallenden Kosten auf dem Niveau des Budgets 2007 eingefroren werden. Die Institutionen werden aufgefordert, die Mitgliederbeiträge einer kritischen Prüfung zu unterziehen.
- Öffentlicher Verkehr: Eine S-Bahnstation „Buholz“ wird in den nächsten Jahren als nicht realistisch betrachtet. Mit den Nutzniessern von Bus- und Bahnlinien soll über einen Kostenbeitrag verhandelt werden. Allfällige Einnahmen bzw. Kostenentlastungen werden im nächsten Finanzplan berücksichtigt. Eine allfällige Realisierung eines Ortsbusses soll kostenneutral erfolgen und wurde deshalb im Finanzplan nicht abgebildet.
- Kommunikation / Wirtschaftsförderung / Marketing
Es wurde festgestellt, dass dies einem Bedürfnis entspricht, jedoch dafür explizit keine personellen Ressourcen vorhanden sind. Es wurde ein entsprechender Betrag in der Finanzplanung für eine externe Vergabe berücksichtigt.

Dabei hat sich gezeigt, dass betreffend der Haushaltsziele unbestrittene Einigkeit herrscht, über die Erreichung deren, bzw. über die zu treffenden Massnahmen eine Konsensfindung jedoch schwierig ist.

Gemäss § 35 Abs. 2² der Gemeindeordnung muss der Finanzplan Massnahmen zur Erreichung des mittelfristigen Haushaltsgleichgewichts aufzeigen. Diese wird mit dem vorliegenden Finanzplan erfüllt.

„Funktionsweise“ Finanzplan:

Grundlage dieser Finanzplanung bildet das Budget 2007, korrigiert aufgrund der Zahlen aus der Jahresrechnung 2006, sowie aufgrund aktueller Informationen. Es wird jeweils der **Nettoaufwand** betrachtet. Aus dem Nettoaufwand Budget 2007 wird unter Berücksichtigung der geschätzten Auswirkungen, sowie der wichtigsten absehbaren oder geplanten Veränderungen, der bereinigte Nettoaufwand gebildet (2. Seite, II:).

Der bereinigte Nettoaufwand wird für das Folgejahr vorgetragen und anschliessend um die absehbaren Veränderungen angepasst. Die Einnahmesituation (2. Seite, I.) wird durch die um die angenommene jährliche Zuwachsrate erhöhten Steuereinnahmen sowie der Annahme für den zukünftigen Finanzausgleich gebildet. Aus den Einnahmen sowie dem korrigierten Nettoaufwand wird nun die zentrale Kennzahl der **Belastbarkeitsquote** gebildet. Diese verwendete Kennzahl zeigt, wie viele Finanzmittel für die Abschreibungen und den Zinsendienst zur Verfügung stehen. Diese Kennzahl der Belastbarkeitsquote wird nun in den eigentlichen Finanzplan (Seite 1) überführt und mit den aus dem Investitionsprogramm ermittelten Abschreibungen und den geschätzten Zinsen ergänzt. So kann das Jahresergebnis der Laufenden Rechnung ermittelt werden.

² Gemeindeordnung vom 23.09.99:

§ 35 Finanzplan

² Der Finanzplan beschreibt für die nächsten fünf Jahre die voraussichtliche Entwicklung der Gemeindeaufgaben mit ihren Auswirkungen auf den Finanzbedarf und **zeigt die Massnahmen zur Beibehaltung oder Erreichung des mittelfristigen Haushaltsgleichgewichts auf.**

Grundsätzlich gilt für die Belastbarkeitsquote eine Zielgrösse von 15 bis 20 % (Belastbarkeitsquote in % der Einnahmen). Diese Zahl wird nicht erreicht und zeigt damit auf, dass aufgrund der laufenden Einnahmen eigentlich zu wenig Mittel für die Abschreibungen und den Zinsendienst zur Verfügung stehen, bzw. dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Getroffene Annahmen:

Klein / Kursiv = (Hinweis darauf, in welcher Unterlage diese Annahme aufgeführt ist, bzw. wo diese berücksichtigt wurde)

Für all jene Bereiche, die in den folgenden Ausführungen nicht erwähnt werden, wird davon ausgegangen, dass es hier keinerlei Veränderungen in der Berichtsperiode geben wird oder dass diese noch so unklar sind, dass sie nicht aufgenommen werden konnten – so wird u.a. z.B. davon ausgegangen, dass

- für die geplanten Blockzeiten sowie den Mittagstisch an den Schulen keinerlei bauliche Investitionen nötig sind.
- für die Büroliegenschaft Netzibodenstrasse 33 keine weiteren Abschreibungen mehr vorgenommen werden müssen.

I. Steuern / Finanzausgleich

Steuerfüsse natürliche und juristische Personen

(Finanzplanung Prognose / I. Steuern / Finanzausgleich)

Bei den Steuern wird von der Prämisse ausgegangen, dass eine Erhöhung der Attraktivität von Pratteln wenig förderlich wäre. Eine Steuersenkung hingegen würde aufgrund der bereits angespannten Finanzsituation zu gewissen Problemen oder zu einem umfangreicheren Dienstleistungsabbau führen. Demzufolge bleiben die Steuersätze in der betrachteten Periode unverändert. Eine finanzielle Entlastung der Bevölkerung sowie der Wirtschaft soll weiterhin über die Gebühren (Wasser, Abwasser, GGA) erfolgen.

Für die Jahre 2008 und 2009 wird aufgrund der anhaltend guten Wirtschaftsentwicklung mit steigenden Steuereinnahmen gerechnet. Da eine weitergehende Prognose schwierig und die Aussichten zurückhaltend sind, wurde für die Folgejahre davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen auf dem erhöhten Niveau stagnieren.

Die Auswirkungen der geplanten kantonalen Unternehmenssteuerreform sind nicht an dieser Stelle, sondern bei den „Korrekturen“ abgebildet. Die aktuell laufenden Revisionsvorhaben sind berücksichtigt, dabei wird davon ausgegangen, dass die Mindererträge bei einzelnen Gruppen von Steuerzahlerinnen und –zahlern durch Mehreinnahmen kompensiert werden.

Die Annahme über die Veränderung der Steuererträge ist zentral für den vorliegenden Finanzplan, bildet jedoch auch die am schwierigsten abzuschätzende Annahme. Ohne aktive politische Massnahmen lassen sich die prognostizierten Zunahmen nur schwer realisieren (Zuzug von „guten“ Steuerzahlern muss aktiv gefördert werden, z.B. durch Freigabe entsprechender Baulandreserven und Schaffung eines zuvorkommenden Klimas für potentielle Investoren / vorausschauende Planungsarbeiten beschleunigen).

Bei den **Steuererträgen der natürlichen Personen** *(Finanzplanung Prognose / I. Steuern / Finanzausgleich)* wird für die Jahre 2008 und 2009 mit einer moderaten Zunahme der Steuereinnahmen von jährlich 1 % gerechnet (frühere Schätzungen 1,0 %), wobei ab dem Jahre 2010 die Steuererträge auf diesem Niveau konsolidieren (frühere Schätzung 1.0 %).

Bei den **Steuern der juristischen Personen** (*Finanzplanung Prognose / I. Steuern / Finanzausgleich*) wird für die Jahre 2008 und 2009 mit einer moderaten Zunahme der Steuereinnahmen von jährlich 1 % gerechnet (frühere Schätzungen 1,0 %), wobei ab dem Jahre 2010 die Steuererträge auf diesem Niveau konsolidieren (frühere Schätzung 1.0 %).

Finanzausgleich

Wie bereits ausgeführt, ist der Finanzausgleich für das Jahr 2006 einmalig deutlich höher als erwartet ausgefallen. In den Folgejahren darf – unter der Annahme, dass bei den anderen Gemeinden die Steuererträge auch moderat ansteigen – mit einem Finanzausgleich leicht über dem im 2006 budgetierten Betrag gerechnet werden. Es gilt allerdings zu berücksichtigen, dass die Modalitäten für den ungebundenen Finanzausgleich in einer Arbeitsgruppe des Kantons gegenwärtig überprüft werden.

II. Nettoaufwand

Zuwachsraten / Teuerung (ohne Personalaufwand)

(*Finanzplanung –Prognosen / II. Nettoaufwand*)

Beim Personalaufwand wird sehr zurückhaltend mit einer jährlichen Steigerung von 1.0 % gerechnet (Stufenanstiege sowie eine sehr zurückhaltende Teuerungszulage). Dabei hat der Gemeinderat bekräftigt, dass der Personalaufwand kritisch beobachtet werden soll.

Zuwachsraten / Teuerung; Personalaufwand

(*Finanzplanung Prognose / II. Nettoaufwand*)

Für den übrigen Nettoaufwand ist der Gemeinderat gewillt, trotz gewisser Teuerungstendenzen (z.B. steigende Energiepreise), diese Kosten ab dem Jahre 2008 grossmehrheitlich auf dem Stand Budget 2007 „einzufrieren“. Daher wird weiterhin nur von einem Anstieg des Sachaufwands von 1.0 % ausgegangen.

Der Sachaufwand wird auf der Grundlage des Budgets 2007 fortgeschrieben. Es sind hier keine wesentlichen Veränderungen absehbar. Dies gilt auch für die Kosten der Lehrerentlohnung. Insbesondere ist der GR gewillt durch die Überprüfung des Leistungskataloges (Postulat Schiltknecht) einen möglichen Kostenanstieg zu neutralisieren bzw. längerfristig wenn möglich zu senken.

Sachaufwand

(*Finanzplanung Prognose / II. Nettoaufwand*)

Altersberatung: Aufgrund des neuen „Altersgesetz“ ist die Gemeinde verpflichtet, eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen. Es ist vorgesehen, diese ab Jahr 2009 einzurichten und sie bei einer bereits bestehenden Institution – mit entsprechender Abgeltung - zu integrieren (z.B. Spitex, Altersheim).

Kommunikationsnetz (Poylecom): Das neue Funknetz ermöglicht – unter entsprechender Kostenfolge – eine direkte Kommunikation unter den involvierten Stellen.

Parkplatzbewirtschaftung / Bussenwesen: Es ist weiterhin vorgesehen, die bereits mit Parkuhren versehenen Parkplätze noch besser zu überwachen und vor allem zusätzliche Flächen (z.B. Schwimmbadparkplatz während Badesaison, Parkplatz Nähe Autobahn-raststätte) mit Parkuhren, allenfalls Tagesparkkarten, zu bewirtschaften. Zusätzlich sollen im Rahmen der Steigerung der Verkehrssicherheit mehr diesbezügliche Kontrollen durchgeführt werden. Durch diese Massnahmen sollen Mehreinnahmen von CHF 100'000.— ab dem Jahre 2007 realisiert werden.

Kommunikation/Marketing/Wirtschaftsförderung: Damit Pratteln besser „verkauft“ und Massnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung unterstützt werden können, ist ab dem Jahre 2008 eine externe Auftragsvergabe dafür vorgesehen.

Mit dem neuen Finanzausgleich entfallen die sogenannten „**Alters- und Pflegeheimbeiträge**“ an Personen, die aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse die Heimkosten nicht alleine tragen können. Diese werden neu in die Ergänzungsleistungen integriert.

Baurechtserträge: Die im Gebiete Wanne und aufgrund der aufgehobenen Sportanlagen im Gebiet „Grüssenhölzli“ vorhandenen Grundstücke sollen im Baurecht abgegeben werden.

Massnahmen Sozialhilfeleistungen: Durch die beschlossenen Massnahmen im Bereich der Sozialhilfe an deren Realisierung intensiv gearbeitet wird, sollen diese Kosten in den Jahren 2008 und 2009 um jeweils 5 % gesenkt werden. Anschliessend werden diese Kosten auf dem dannzumaligen Niveau stagnieren.

Gemeindebeitrag Spitex: Wie bereits seit einigen Jahren darauf hingewiesen, entfallen mit der Umsetzung des neuen Finanzausgleichs Bund – Kanton (NFA) die Bundesbeiträge an die Spitex. Diese sowie die eingetretenen Kostensteigerungen in diesem Bereich müssen durch einen höheren Gemeindebeitrag kompensiert werden.

Entschädigung Bürgergemeinde gemäss Waldgesetz: Nachdem die Bürgergemeinde als Waldbesitzerin auf die Verrechnung diese ihr zustehenden Entschädigung während mehreren Jahren verzichtet hat, belasten diese Kosten ab 2008 die Gemeinderechnung.

Mit der Eröffnung der S-Bahnhaltestelle in der Längi steigen die Abgeltungskosten an den **öffentlichen Verkehr** um CHF 100'000.— an.

Anmerkungen:

Es ist geplant, die **Gemeindeverwaltung** an zentraler Lage mit einem langfristigen Mietvertrag unterzubringen. Die dafür notwendigen Mittel sollen durch Baurechtszinsen sowohl für das Grundstück mit dem bisherigen Standort der Verwaltung sowie durch die Nutzung des Grundstücks des alten Gottesackers beschafft werden. Da davon ausgegangen wird, dass dies gesamthaft kostenneutral ist, wurde dies im Finanzplan nicht separat ausgeführt.

Bei den **Sekundarschulbauten** wird davon ausgegangen, dass für eine definitive Lösungsfindung deutlich mehr Zeit als geplant benötigt wird. Daher wird die ab dem Jahre 2007 geltende Übergangsregelung als für die gesamte Betrachtungsperiode gültig angenommen (d.h. inkl. Rückerstattung an den Kanton).

Beim Mittagstisch wird weiterhin davon ausgegangen, dass dieser ohne Kosten für die Gemeinde realisiert wird.

Es wurde eine moderate Zinsentwicklung angenommen.

Investitionsrechnung:

(Finanzplan / Investitionsrechnung)

Bei der **allgemeinen Verwaltung** ist vorgesehen, dass die Gemeindeverwaltung im Jahre 2010 eine neue Lokalität bezieht (im Mietverhältnis, siehe weiter oben) und die entsprechende Infrastruktur (Mobiliar etc.) beschafft werden muss.

Im Bereich „**Grundbuch, Mass, Gewicht**“ soll das bestehende Geographische Informationssystem zum Nutzen von Verwaltung und Bevölkerung weiter ausgebaut werden.

Bei der **Feuerwehr** soll in den Jahren 2008 und 2009 der Neubau des Feuerwehrmagazins in Zusammenarbeit mit einem Chemiebetrieb realisiert werden. Anschliessend ist der Rückbau des bestehenden Magazins vorgesehen. Als Ersatz für das neu zu nutzende Areal des ehemaligen Gottesackers soll dort eine Grünfläche entstehen.

Im Bereich der **Primarschulen** ist die Renovation des Schlossschulhauses, die jedoch vollständig über die bestehende Vorfinanzierung abgewickelt werden soll, vorgesehen. Im Schulhaus Burggarten soll die Fassade, die Fenster (2009) sowie die WC-Anlagen (2011) und im Schulhaus Längi die Duschen und Nassräume (2010) saniert werden.

Sofern der Kanton seine Beteiligung über die Annuität bestätigt, sollen in der **Sekundar**-Schulanlage Fröschmatt die Fassaden inkl. Fenster und Lamellenstoren in den Jahren 2010 und 2011 saniert werden.

Im **Schwimmbad** ist im Jahre 2008 die Bassinfolie zu ersetzen (CHF 1 Million). Es darf ein Beitrag aus dem Kantonalen Sportanlagenkonzept (KASAK) erwartet werden.

Beim **Sportplatz „Sandgruben“** soll im Jahre 2009 ein Kunstrasen installiert werden (CHF 1 Million). Es darf ein Beitrag aus dem Kantonalen Sportanlagenkonzept (KASAK) erwartet werden.

Im Bereich „**Gemeindestrassen / Werkhof**“ fallen der Bahnhofplatz, die verschiedenen Kreiselbauten sowie der Grüssenhölzliweg (gemäss Einwohnerratsbeschluss vom 29.08.05 / Geschäft 2378) an. Diese Vorhaben werden entweder via den bestehenden Vorfinanzierungen oder über Anwänderbeiträge abgewickelt. Daneben stehen verschiedene Maschinen und Fahrzeuersatzbeschaffungen an.

Beim **Regionalverkehr** soll beim Bahnhof der Nordausgang zu Lasten der entsprechenden Vorfinanzierung sowie die S-Bahn Station Längi inkl. dem Vorplatz realisiert werden.

Auf dem **Friedhof** soll die Fassade der Abdankungshalle saniert werden.

Im Bereich „**Raumplanung**“ fallen neben den Planungskosten „Salina Raurica“ vor allem die Kosten für die Ortsplanung an.

Die Investitionen sollten aufgrund der bereits geringen Höhe nicht noch weiter reduziert werden. Ansonsten droht Gefahr, dass in späteren Jahren ein massiver Nachholbedarf resultiert. Die getätigten Investitionen bewegen sich im Vergleich mit bevölkerungsmässig gleichwertigen Gemeinden bereits seit einigen Jahren auf einem sehr tiefen Niveau!

Fazit:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich durch die Stärkung unseres Eigenkapitals aufgrund des Rechnungsergebnisses 2006 der finanzielle Spielraum für die nächsten Jahre verbessert hat. Diese Reserve ist jedoch unabdingbar und darf nicht dazu verleiten, den sparsamen Umgang mit unseren finanziellen Mitteln jetzt zu lockern. Es muss vielmehr weiterhin und mit zusätzlichem Effort dafür gesorgt werden, dass zukünftig entweder Mehreinnahmen generiert oder die bestehenden Ausgaben gesenkt werden können.

Bis zum Jahre 2009 können Mehrerträge generiert und damit das aufgrund der Jahresrechnung 2006 angestiegene Eigenkapital konsolidiert werden.

Ab dem Jahre 2010 nimmt diese jedoch aufgrund der anfallenden Mehraufwände moderat ab. Damit kann das (bescheidene) Legislaturziel 6 C („Das Eigenkapital der Gemeindekasse soll in keinem Fall 1 Million Fr. unterschreiten“) problemlos erreicht werden.

Die Erreichung des Legislaturziels 6 A („Die Senkung der kommunalen Steuern und Gebühren auf den kantonalen Durchschnitt soll mittelfristig erreicht werden.“) ist in dieser Legislaturperiode noch nicht realisierbar und soll wenn möglich in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Antrag:

Der Finanzplan 2008 bis 2012 für die Einwohnergemeinde wird genehmigt.

Für den Gemeinderat

Der Präsident: Die Verwalterin:

B. Stingelin Dr. M. Hofstetter Schnellmann

Beilagen:

- Finanzplan Pratteln 2008 bis 2012 (5 Seiten) Finanzplan der Einwohnergemeinde
- Investitionsprogramm 2008 – 2012 Zusammenfassung